

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Sigrid Maurer; Harald Walser,
Freundinnen und Freunde

betreffend Aufstockung der Mittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung

eingebraucht im Zuge der Debatte die Dringliche Anfrage an den Bundeskanzler
betreffend Zukunftsraub wegen Hypo-Desaster: keine Budgetkürzungen bei Bildung,
Wissenschaft und Forschung

BEGRÜNDUNG

Das Budget für Bildung wurde um 130 Mio. € für 2014 erhöht. Es fehlen allerdings 57 Mio. €, um das bestehende System weiter zu finanzieren. Weitere 33 Mio. € fehlen, die an Mehrkosten durch die Stellenplanüberschreitungen der Länder verursacht werden. Für den bereits genehmigten Ausbau der Neuen Mittelschulen müssten 2014 ebenfalls zusätzlich 32 Mio. € investiert werden. Zusätzliche Investitionen, etwa die im Arbeitsprogramm der Bundesregierung für 2013 bis 2018 angekündigten Verbesserungen im Volksschulbereich, sind in diesen Kosten noch gar nicht berücksichtigt.

Im internationalen Vergleich ist Österreich in den Ausgaben und wichtigen Kennzahlen für höhere Bildung, Wissenschaft und Forschung schwer im Rückstand. Die Ausgaben für den tertiären Sektor belaufen sich auf 1,51 % des BIP, wobei Spitzenländer wie Kanada, USA, Dänemark, Schweden, Finnland bereits jetzt etwa 2 % des BIP investieren.

Bundesminister Reinhold Mitterlehner hat den Finanzierungsbedarf für die Jahre 2016 bis 2018 mit 1,6 Milliarden beziffert. Statt mehr in Wissenschaft und Forschung zu investieren, soll jetzt gekürzt werden. Um das „Zwei-Prozent-Ziel“ bis 2020 zu erreichen, wäre eine Steigerung um 400 Mio. Euro pro Jahr notwendig.

In Wissenschaft und Forschung sollen nun jedoch laut Budgetprovisorium im Jahr 2014 42,2 Mio. Euro gekürzt werden.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Budgetentwurf vorzulegen, in dem eine ausreichende Finanzierung der Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung sichergestellt ist, um

- eine Umsetzung der Petition „Wissenschaft ist Zukunft.at“ und damit die 1,6 Milliarden für den Bereich Wissenschaft und Forschung zu garantieren und
- zumindest die im Regierungsübereinkommen im Bereich Bildung vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.

Darüber hinaus möge die Bundesregierung umgehend eine umfassende Reform der Schulverwaltung in Angriff zu nehmen, um Doppelgleisigkeiten und Intransparenzen zu beseitigen.

